



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

09/2015 – 11.09.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

in der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause haben wir mit den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr 2016 begonnen, aber natürlich auch die Flüchtlingssituation thematisiert.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zur zurückliegenden Abstimmung über das dritte Hilfspaket für Griechenland im Verlauf der Sommerpause lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Flüchtlingssituation stellt EU vor Herausforderung



(© Bundesregierung/Steins)

Der momentane Flüchtlingsstrom stellt uns vor eine gewaltige Aufgabe, die eine bisher nicht gekannte Dimension angenommen hat. Die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik ist nicht weniger als die größte innen- und außenpolitische Aufgabe unserer Zeit.

Die Koalitionsparteien haben daher ein Gesamtpaket verabschiedet, mit dem verfolgte Flüchtlinge unterstützt werden, gleichzeitig aber der Asylmissbrauch bekämpft werden soll. Das Paket hat einen fünfgliedrigen Ansatz: die Fluchtursachen bekämpfen, eine gemeinsame europäische Antwort finden, den tatsächlich Verfolgten helfen, die Nicht-Verfolgten dazu zu bringen, in ihrer Heimat zu bleiben oder dahin zurückzukehren und schließlich Kommunen und Ländern helfen.

Die Koalitionsparteien haben daher ein Gesamtpaket verabschiedet, mit dem verfolgte Flüchtlinge unterstützt werden, gleichzeitig aber der Asylmissbrauch bekämpft werden soll.

So wird der Bund beispielsweise Länder und Kommunen bei der Versorgung der Flüchtlinge finanziell besser unterstützen. Gleichzeitig wird aber auch verlangt, dass die Asylverfahren beschleunigt werden und Antragsteller mit geringen Aussichten auf eine erfolgreiche Bewilligung in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben bis das Verfahren entschieden ist.

Auch sollen Kosovo, Montenegro und Albanien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden um zu verhindern, dass Menschen zu uns kommen, die eigentlich gar keinen Grund für ein Asylgesuch haben.

Ebenso sollen Flüchtlinge in den Erstaufnahmelagern künftig weniger Geld- und mehr Sachleistungen bekommen. Auch das wird dazu führen, dass weniger Menschen aus asylfremden Gründen zu uns kommen.

Auch die Forderung nach einer fairen Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten hat Eingang in den Maßnahmenkatalog gefunden.

Wir wollen Menschen helfen, die in ihren Heimatländern tatsächlich verfolgt werden und die Krieg und Tod entkommen sind. Dennoch werden wir Zahlen dieser Größenordnung nicht dauerhaft schultern können und setzen auf klare Unterscheidung zwischen wirklich Schutzbedürftigen und der großen Zahl derer, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen.

Weiterführende Informationen finden Sie unter anderem auf den Seiten der Bundesregierung unter www.bundesregierung.de.

Erste Beratung des Bundeshaushalts für 2016

In dieser Woche hat die erste Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs des Bundeshaushalts 2016 stattgefunden. Wie üblich berät der Deutsche Bundestag damit auch den Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019.



(© Andreas Hermsdorf/pixelio.de)

Die Unionsfraktion im Bundestag tritt die Haushaltsberatungen mit der Maßgabe an, weiterhin die schwarze Null ohne Steuererhöhungen umzusetzen. Angesichts des Flüchtlingszustroms, des Zins- und Konjunkturrisikos sowie der künftigen Finanzierung der Mütterrente ist dies gerade auch in der mittelfristigen Finanzplanung ein weiterhin ehrgeiziges Ziel. Der Kabinettsbeschluss, der die bereits 2014 erzielte schwarze Null über 2015 auch in den Jahren 2016 bis 2019 fortschreibt, ist dafür eine solide Grundlage.

Nach dem Regierungsentwurf sollen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2016 um 10,4 Milliarden auf 312 Milliarden Euro angehoben werden. Auch in den Jahren bis 2019 steigen sie moderat in Höhe der zusätzlichen Einnahmen an. Dabei soll die Ausgabenzuwachsrates jeweils unter der erwarteten Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Zu den Schwerpunkten zählt unter anderem der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der um 13,5 Prozent auf 7,42 Milliarden Euro ansteigen soll. Dies ist der höchste Zuwachs seit Gründung des Ministeriums.

Zudem wird die Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionen des Bundes um zusätzliche 10 Milliarden Euro für die Jahre von 2016 bis 2018 umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung.

Die zweite und dritte Lesung des Bundeshaushaltes sowie die Verabschiedung finden in der 48. Kalenderwoche im November dieses Jahres statt.

Stimme gegen drittes Hilfspaket für Griechenland



(© Manfred Nuding/pixelio.de)

Im Verlauf der parlamentarischen Sommerpause ist es zu einer Sondersitzung und zur Abstimmung über ein drittes Hilfspaket für Griechenland gekommen. Ich habe dem nicht zugestimmt.

Ich habe es sehr bedauert, dass die griechische Regierung es versäumt hat, eine realistische und tragfähige Reformagenda vorzulegen. Auch ein

klares Bekenntnis zu den dringend notwendigen Reformen war nicht in überzeugendem Maße vorhanden. Zwar wurden im Zuge der Verhandlungen ohne Zweifel einige Vorabmaßnahmen in Griechenland politisch beschlossen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen waren jedoch nicht erfolgt. Zudem hatte sich das griechische Volk erst kürzlich per Referendum mit breiter Mehrheit gegen die notwendigen Reformen ausgesprochen. Dies und auch die weiteren politischen Unsicherheiten in Griechenland wegen möglicher Neuwahlen haben mir wenig Hoffnung gemacht, dass Griechenland diesmal die notwendigen Reformmaßnahmen beschließen und umsetzen würde.

Zudem gab es weitere Aspekte, die eine Zustimmung zum dritten Hilfspaket für Griechenland nicht gerechtfertigt hätten. So darf der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM laut den vertraglichen Gegebenheiten nur dann eingesetzt werden, wenn die Stabilität der gesamten Eurozone bedroht ist. Dies war - und wäre sogar im Falle des sogenannten "Grexit" - nicht gegeben. Auch darf der ESM nur dann Kredite vergeben, wenn die Schuldentragfähigkeit des entsprechenden Staates gegeben ist. Auch das ist in Griechenland schlicht nicht der Fall. Zu guter Letzt hatte die Bundesregierung stets betont, dass eine Grundvoraussetzung für die Zustimmung zu Finanzhilfen eine Beteiligung seitens des Internationalen Währungsfonds IWF ist. Im vorliegenden Fall des dritten Hilfspaketes für Griechenland war allerdings bestenfalls unsicher, ob der IWF sich noch einmal mit eigenen Mitteln beteiligen würde.

Ich habe das Engagement und den unermüdlichen Einsatz von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble im Zuge der Griechenlandkrise für Deutschland und für Europa überaus zu schätzen gewusst. Dennoch habe ich das Vertrauen in den Reformwillen der griechischen Regierung verloren und daher dem dritten Hilfspaket nicht zugestimmt.

Daten und Fakten

Mittelstand für Auszubildende weiterhin attraktiv. Laut einer aktuellen Analyse auf Basis des repräsentativen KfW-Mittelstandspanels verliert die betriebliche Ausbildung zwar insgesamt an Zulauf, aber der Anteil der mittelständischen Wirtschaft an allen Auszubildenden steigt. Die Gesamtzahl der „Azubis“ in Deutschland ist seit Jahren rückläufig und liegt aktuell bei 1,36 Millionen (2014; zum Vergleich 2008: 1,61 Millionen). Den kleinen und mittleren Unternehmen ist es jedoch gelungen, die Zahl ihrer Auszubildenden in den letzten fünf Jahren konstant bei circa 1,2 Millionen zu halten. Damit absolvieren mittlerweile 85 Prozent aller Nachwuchskräfte ihre Berufsausbildung in einem mittelständischen Betrieb – ein Rekordwert. Für kleine und mittlere Unternehmen ist die betriebliche Ausbildung das zentrale Instrument zur Fachkräftesicherung. So haben auch bereits 28 Prozent der Betriebe Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität ihrer Ausbildungsplätze ergriffen, weitere 35 Prozent haben entsprechende Pläne.

(Quelle: KfW)

Mehr Geburten und weniger Sterbefälle in Deutschland. Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 715.000 Kinder lebend geboren. Das waren 33.000 Neugeborene oder 4,8 Prozent mehr als im Jahr 2013 (682.000). In Deutschland waren zuletzt im Jahr 2004 mehr als 700.000 Kinder zur Welt gekommen. Im Jahr 2014 starben 868.000 Menschen, gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Sterbefälle um 2,8 Prozent gesunken (2013: 894.000). Wie in allen Jahren seit 1972 starben somit mehr Menschen als Kinder geboren wurden. 2014 lag die Differenz bei 153.000, im Jahr 2013 bei 212.000. Den Bund der Ehe haben 386.000 Paare im Jahr 2014 geschlossen. Das ist eine Steigerung um 12.000 beziehungsweise 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2013: 374.000).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Bundesregierung/Steins
Seite 3 – Andreas Hermsdorf/pixelio.de
Seite 4 – Manfred Nuding/pixelio.de